

Stellungnahme zur aktuellen Unterbringungssituation der in Havixbeck lebenden Flüchtlinge

Ich bedanke mich für die Einladung und die damit verbundene Möglichkeit über die aktuelle Wohnraumsituation unserer geflüchteten Menschen aus sozialpädagogischer Sicht zu berichten.

Es werden meines Wissens kontinuierlich aktuelle Zahlen, bezogen auf die Anzahl der in Havixbeck lebenden Flüchtlinge in Relation zum vorhandenen Wohnraum von meinen dafür zuständigen KollegInnen aus den einzelnen Fachbereichen zusammengestellt.

Diese Fakten und Zahlen sind aus meiner Sicht ein wichtiger Baustein, ein „Handlauf“, eine Orientierungsgröße um verantwortliche Entscheidungen treffen zu können. Anzumerken ist, dass sie sich teilweise täglich verändern, weil Situationen eintreten, die nicht planbar sind. (Abschiebungen, Schwangerschaften, Familiennachzüge, Flüchtlingsaufkommen insgesamt, eigene Anmietungen, Zusagen von Vermietern, die wieder zurückgenommen werden...).

Ich kann die Notwendigkeit dieser Zahlendarstellungen sehr gut nachvollziehen und vor allem auch Ihren Wunsch nach Vorlage der Zahlen gut verstehen. Ich halte es aber für mindestens genauso entscheidungswirksam und notwendig, sich mit der tatsächlichen Lebenswirklichkeit der geflüchteten Menschen, die sich inzwischen sehr stark verändert hat, auseinanderzusetzen. Ich schaue gemeinsam mit meinen KollegInnen vom Gebäudemanagement auf die Wohnsituation jedes einzelnen geflüchteten Menschen und wir beurteilen dann gemeinsam ob dessen Situation gut vertretbar ist. Dabei befinden wir uns oft in dem Zwang, dass wir Wohnsituationen, von denen wir wissen, dass sie eigentlich nicht verantwortbar sind, nicht ändern können. An dieser Stelle möchte ich unbedingt darauf hinweisen, dass mir die Grenzen des Machbaren sehr bewusst sind und meinen Ausführungen nicht Vorstellungen von Wohnen zugrunde liegen, die sich an dem orientieren wie es unseren persönlichen Wünschen entsprechen würde. Ich spreche von minimalen Mindeststandards, die ich für ein friedliches Zusammenleben für erforderlich halte und die die Integration in die hiesige Gesellschaft fördern.

Für mich ist die aktuelle Wohnraumsituation in meiner Funktion aber auch als Mensch zunehmend sehr belastend. Die Verantwortung, die mit der Unterbringung der geflüchteten Menschen einhergeht ist sehr hoch, denn wir gehen mit Menschen um und müssen unser Handeln selber gut vertreten und die Reaktionen der geflüchteten Menschen und der hiesigen Bevölkerung aushalten können.

Ich wünsche mir die Gewissheit, dass ich diese Verantwortung außer mit meinen KollegInnen auch mit Ihnen als politisch Verantwortliche teilen kann. Zu wissen, dass im Zusammenhang mit der Unterbringung der Flüchtlinge alle wesentlichen Aspekte, die Personenzahlen, die Quadratmeter und die Lebenswirklichkeit der Menschen, gemeinsam betrachtet und beurteilt werden, würde mir sehr helfen, meine Arbeit auch weiterhin mit Freude und Ausdauer tun zu können.

Ich versuche meinen Beitrag so gut ich das vermag zu leisten, indem ich Sie möglichst sachlich über die aktuelle Wohnraumsituation aus der Lebenswirklichkeit der Menschen heraus informiere:

Derzeit leben in unseren gemeindlichen Unterkünften insgesamt 200 Personen.

Ein Teil der geflüchteten Menschen wurde bereits vor der Flüchtlingswelle im Herbst 2015 dort aufgenommen, der weitaus größere Teil hat im Zusammenhang mit dem hohen Flüchtlingsaufkommen im Herbst 2015 bis Ende 2016 in unseren Häusern eine Bleibe gefunden.

Es war zu der Zeit unsere Aufgabe möglichst viele Menschen in kurzen Zeitabständen unterzubringen. Aus dieser Not heraus haben wir uns an einer Größenordnung von 7 qm pro Person orientiert und Unterbringungssituationen geschaffen, die eigentlich nicht zu vertreten waren. Diese Fläche ist für dauerhaftes Wohnen absolut nicht geeignet; und allenfalls für eine kurzfristige Unterbringung tragbar. Das war uns bewusst aber aus der Not heraus haben wir den Menschen diese Situation zumuten müssen.

Inzwischen sind seit der „Flüchtlingswelle“ 2 Jahre vergangen und viele Flüchtlinge haben ihre Aufenthaltserlaubnis erhalten. Es stellt sich in den letzten Monaten in zunehmendem Maße heraus, dass die aktuelle Unterbringungssituation in sehr vielen Fällen aus menschlicher Sicht äußerst bedenklich wird. Das ist zum einen unsere eigene Wahrnehmung und zum anderen werden wir fast täglich mehrmals von Geflüchteten aufgesucht und gebeten oder auch gedrängt, ihre Wohnsituation zu erleichtern.

Zu Beginn der Unterbringung war die Zustimmung bei den Geflüchteten mit der Zuversicht verbunden, dass sich ihre Wohnsituation im Laufe der Zeit verändern wird. Viele haben sich selber oder mit Unterstützung von INCA plus und PatInnen auf den Integrationsweg begeben. Sie haben begonnen, die Sprache zu lernen, manche nehmen ein Studium auf, haben einen Arbeitsplatz oder absolvieren Praktika in Betrieben. Die schulpflichtigen Kinder besuchen alle eine Schule, die Grundschüler fast ausnahmslos die OGS und die Kinder im Kindergartenalter sind in den Havixbecker Kitas untergebracht. Es sind soziale Kontakte zu HavixbeckerInnen entstanden.

Die veränderte Lebenssituation stellt neue Anforderungen an die Geflüchteten. Die Integrationsleistungen erfordern, dass ausreichend Platz vorhanden ist, um z.B. Schulaufgaben zu erledigen, im Kurs erfolgreich lernen zu können, Freunde einzuladen, Kontakte zu knüpfen.

Es gibt etliche anerkannte geflüchtete Familien, die zum Teil mit Hilfe ihrer Havixbecker Paten oder auch alleine auf dem freien Wohnungsmarkt eine Wohnung suchen. In einigen Fällen ist dieses dank des persönlichen Engagements von ehrenamtlichen Begleitern in den letzten Wochen (13 Personen davon 3 Familien, 1 Einzelperson) auch gelungen. Insgesamt erweist sich die Wohnungssuche jedoch als äußerst schwierig. Der Wohnungsmarkt ist sehr angespannt und es gibt Vermieter, die möchten ihre freie Wohnung nicht an geflüchtete Menschen vermieten. In den Sommermonaten gab es kaum Bewegung, statt dessen Neuzugänge, die eine „Verdichtung“ notwendig machten.

Ich möchte die Dringlichkeit der Erweiterung des Wohnraumangebotes an neun praktischen Alltagsbeispielen verdeutlichen:

- In der Altenberger Straße leben in fünf Fällen drei Männer zum Teil unterschiedlicher Herkunft, die sich nicht miteinander verständigen können, in einem Zimmer.
- Im Flothfeld 120 leben 1 alleinerziehende Mutter mit 2 Kindern aus Aserbaidschan und 1 allein reisende Frau aus Eritrea in einem Kellerraum zusammen. Die Frauen können sich nicht miteinander verständigen. Die Küche und das Bad müssen sie teilen.
- Eine Familie (Eltern, 2 jugendliche Kinder (AFG-Schüler), 1 Baby) im Flothfeld muss mit 2 Räumen auskommen. Einen Schlafraum für alle und eine Wohnküche.
- Ein alleinerziehender Vater lebt mit 2 Söhnen (Grundschule und AFG) in einem Raum. Ihm steht nur noch eine kleine Küche und ein Bad zur Verfügung.
- Ein Onkel lebt mit seinem Neffen in einem 18 qm großen Raum. Die Küchenzeile, die sich im Flur befindet und das Bad teilt er sich mit einem alleinerziehenden Vater und dessen Sohn, dem ebenfalls zu zweit nur 14,5 qm zur Verfügung steht

für wohnen, Schlafen, Essen, Leben. Einen Ausweichraum gibt es für diese 4 Personen nicht.

- Eine alleinerziehende Frau aus Ghana lebt mit ihrem 2 jährigen Sohn und einer großen syrischen Familie in einer Wohneinheit an der Altenberger Straße in einem Raum.

Wenn ich von „leben in einem Raum“ spreche. Bedeutet das Wohnen und Schlafen! Rückzugsmöglichkeiten gibt es nicht.

Um die Dringlichkeit der Wohnraumerweiterung zu belegen, könnte noch über 10 weitere belastende Wohnsituationen von Familien und Einzelpersonen berichtet werden, die als nicht vertretbar im vorgenannten Sinne bezeichnet werden können. Daneben gibt es 16 Wohnsituationen, die unter den gegebenen Umständen als akzeptabel angesehen werden können und 19 Wohnsituationen, die im beschriebenen Sinne als gut und angemessen bezeichnet werden können.

Anzumerken ist, dass der immer wieder geäußerte Wunsch der allein reisenden Männer nach einem Einzelzimmer mit Privatsphäre derzeit nur in einem Fall entsprochen werden kann. Auch dann nicht, wenn Ausbildung, Praktikum oder Sprachkurs absolviert werden. Für diesen Personenkreis gibt es keine eigene Privatsphäre. Sie leben zu zweit oder zu dritt in einem Raum und das ggf. auch mit Sprachbarrieren. Unter den derzeitigen Gegebenheiten trifft dieses auch auf die Unterbringung im neuen Gebäude an der Altenberger Straße zu. Die jungen Männer haben mit der Entstehung des neuen Gebäudes die Hoffnung verbunden, dass zumindest diejenigen, die schon lange in Drei- oder Zweibettzimmern leben müssen, ein eigenes Zimmer bekommen würden. Die Räume im neuen Gebäude haben eine Fläche von durchschnittlich 15 qm und die derzeitigen Planungen sehen eine Doppelbelegung vor. Das Gebäude wurde zu einem Zeitpunkt geplant, als es darum ging möglichst viele Flüchtlinge vorübergehend unterzubringen.

Derzeit gibt es noch 3 Wohneinheiten mit 10 Personen in Kellerräumen, die nicht zum dauerhaften Wohnen zugelassen sind.

Es gibt keine Möglichkeiten in Konfliktfällen zu reagieren und zu entzerren. Die Menschen müssen die Situation dann aushalten.

Das aktuelle gemeindliche Wohnraumangebot lässt es also absolut nicht zu, alle geflüchteten Menschen angemessen zu ihrer inzwischen veränderten Lebenssituation unterzubringen. Die Weiterentwicklung der Integration wird in diesen Fällen erschwert, weil sich die wohnlichen Rahmenbedingungen nicht analog zur integrativen Entwicklung der geflüchteten Menschen verändert haben. Häufig wenden sich auch die PatInnen der Familien an uns und bitten darum, dass wir „Ihren“ Familien mehr Platz zum Wohnen zukommen lassen.

Abschließend sind zusammenfassend noch folgende Aspekte, die einen direkten Einfluss auf die Wohnraumsituation haben, zu nennen:

- Platzzahlen sind nicht eins zu eins umsetzbar. (z.B. eine Familie belegt eine Wohnung und zahlenmäßig müsste sie ein Zimmer abgeben, in einem Zimmer müssten zahlenmäßig 3 Menschen leben aber Befindlichkeiten gesundheitlicher Art lassen das nicht zu (Traumata, Erblindung, körperl/geistige Behinderung...))
- Abschiebungen (in den letzten 4 Wochen bei 4 Personen gescheitert)
- Wohnsitzauflage für Havixbeck (gilt auch für anerkannten Flüchtlinge)

- Abgelehnte Asylbewerber (sie dürfen keine eigene Wohnung anmieten, Zahl variiert je nach Verfahrensstand, erfolgreichen oder erfolglosen Klagen vor Gericht)
- Familiennachzüge (2 Mütter mit jeweils 3 Kindern werden aktuell erwartet))
- Schwangerschaften (aktuell 3)
- Gespräche mit Vermietern, die aus den verschiedensten Gründen nicht zu einer Anmietung führen.
- Aktuelles Flüchtlingsaufkommen bestimmt das Aufnahmesoll
- Erwartete Neuzuweisungen

Fazit:

Am Ende meiner Ausführungen möchte ich zusammenfassend folgendes sagen: Ich verstehe den Auftrag der Politik an die Gemeinde so, dass die geflüchteten Menschen menschenwürdig und angemessen unterzubringen sind. Die Umsetzung dieses Auftrags ist ein Prozess an dem wir täglich in den verschiedensten Verantwortungsbereichen arbeiten. Dabei haben wir es mit sich ständig ändernden Gegebenheiten zu tun. Meine Ausführungen sind das Ergebnis der Betrachtung jeder einzelnen Wohnsituation, so wie sie sich aktuell darstellt. Dabei wird sehr deutlich, dass die rechnerisch ermittelten Platzzahlen nicht zwangsläufig deckungsgleich sind mit den tatsächlichen Wohnsituationen in den einzelnen Unterkünften und somit nicht die alleinige Entscheidungsgrundlage bilden können. Menschen lassen sich nicht in Exceltabellen darstellen.

Es ist festzustellen, dass das aktuelle Wohnraumangebot auf keinen Fall ausreicht um die Wohnsituationen für die in Havixbeck lebenden Flüchtlinge so zu gestalten, dass in jedem Fall von einer menschenwürdigen Unterbringung ausgegangen werden kann. Nach unserer Bewertung ist das in 19 Fällen nicht so.

Grundsätzlich ist die Bewertung, was als menschenwürdig und angemessen zu betrachten ist, eine subjektive Wahrnehmung (manche mögen sagen: „hier ist kein Krieg, keiner lebt in einem Zelt, alle bekommen Sozialleistungen, alle haben ein Smartphone – wo ist das Problem?“). Weil ich aber täglich gemeinsam mit meinen KollegInnen Wohnraumentscheidungen treffen und mittragen muss, kann ich für mich sagen, dass ich in der letzten Zeit, desto mehr Zeit ohne Wohnraumentlastung vergeht, an meine persönlichen Grenzen komme, zumal ich meine Arbeit nicht nur als Beruf, für den ich gut bezahlt werde, sondern auch als Berufung lebe und mich dabei von meinem christlichen Glauben leiten lasse. Mir ist dabei sehr bewusst, dass uns bei der Umsetzung Grenzen des Machbaren gesetzt sind. Ich wünsche mir, dass wir gemeinsam, Verwaltung und Politik, unter Berücksichtigung der Zahlen und realen Wohnbedingungen zu Entscheidungen kommen, die alle für unseren Ort, im Sinne eines friedlichen Zusammenlebens und auch persönlich als Menschen gut vertreten können.

Havixbeck, 21.11.2017
 Der Bürgermeister
 Im Auftrag

Martina Edelkamp

